

Hans-Joachim König

Staat und staatliche Entwicklung in Kolumbien

1 Die Ausgangsproblematik

Mit Recht bezeichnet der kolumbianische Politologe Francisco Leal Buitrago Kolumbien zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch als «Quasi-Staat», der erst im Laufe des Jahrhunderts seine politische Fähigkeit unter Beweis stellte, auf die Probleme der Modernisierung angemessen zu reagieren, d. h. das politische System an die internen und externen ökonomischen Bedingungen und Zielsetzungen anzupassen (Leal Buitrago 1995: 397-398). Erst seit der Jahrhundertwende, also fast hundert Jahre, nachdem es sich vom Mutterland Spanien gelöst hatte und unabhängig geworden war, vollzog sich in Kolumbien eine staatliche Konsolidierung, die den Eintritt in den Prozeß der Modernisierung erlaubte. Dieser langwierige Staatsbildungs- bzw. Konsolidierungsprozeß hin zu größerer politischer Einigung und wirtschaftlicher Entwicklung ist jedoch weniger als ein Prozeß hin zu mehr politischer Partizipation der Bürger des Landes an den politischen Entscheidungen oder als Teilhabe an den ökonomischen Ressourcen oder als allgemeine nationale Identifizierung zu sehen als vielmehr als eine staatlich-administrative Stärkung, die auf der Kontrolle des Staates durch das Zweiparteien-Monopol von Liberalen und Konservativen sowie auf der Dominanz einer privilegierten Schicht von Grundbesitzern, Kaufleuten, Bankiers und Militärs fußt. Bevor im folgenden dieser «Konsolidierungsprozeß» und die Versuche, einen partizipatorischen Staat zu schaffen, dargestellt werden, soll eine kurze Übersicht über den Staatsbildungsprozeß Kolumbiens im 19. Jahrhundert verdeutlichen, wie schwer sich die Kolumbianer damit taten, die für einen funktionierenden Staat wichtigen Probleme hinsichtlich der Verantwortlichkeiten von Exekutive und Legislative, von Zentralregierung und Regionen/Provinzen zu regeln.

2 Nationale Desintegration im 19. Jahrhundert

Die am 20. Juli 1810 begonnene und mit dem Sieg am 7. August 1819 an der Brücke von Boyacá endgültig erkämpfte Unabhängigkeit von Spanien hatte nur den politischen Bereich berührt, ohne soziale Veränderungen mit sich zu bringen. Es war ein souveräner Staat entstanden, der vorwiegend den politischen und

wirtschaftlichen Interessen der kreolischen Oberschicht diene. Diese hatte ja auch die Loslösung Neu-Granadas, wie Kolumbien damals hieß, vom spanischen Kolonialreich betrieben, weil sie sich wegen unzureichender Berufung in hohe Verwaltungsämter vom Mutterland benachteiligt gefühlt sowie die Absicherung ihrer ökonomischen Interessen in einem eigenen Staat besser gewährleistet gesehen hatte. Die unteren Bevölkerungsschichten wie die Indios, Mestizen, Schwarzen und Mulatten waren dagegen weder spontan noch freiwillig an der Unabhängigkeitsbewegung beteiligt (Lynch 1973; Liévano Aguirre 1974; König 1988). Über Jahrzehnte blieben die hierarchisch gegliederte Sozialstruktur und die durch die ungleiche Verfügung über Grund und Boden bestimmten Besitzverhältnisse der Kolonialzeit, wie sie in der Kastengesellschaft und besonders im System der *hacienda* ihren Ausdruck fanden, weiter bestehen.

Dies lag nicht nur daran, daß die Grundbesitzer, Kaufleute, Agrarunternehmer, politischen Funktionäre und Intellektuellen an sozialen Veränderungen wenig interessiert waren, sondern ergab sich auch daraus, daß die Oberschicht, die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in den beiden Großparteien der Liberalen und Konservativen zu gruppieren begann,¹ bis weit in die achtziger Jahre hinein vorwiegend damit befaßt war, über die beste Staatsform und das beste Entwicklungsmodell zu streiten (König 1983a). In diesen oft gewaltsamen Auseinandersetzungen, die sich teilweise zu regelrechten Bürgerkriegen (Tirado Mejía 1976; Oquist 1978) zwischen den einzelnen Provinzen über die Frage auswuchsen, ob der Staat eine zentralistische oder eine föderalistische Organisation annehmen sollte und ob für das wirtschaftliche

¹ Politische Parteien entwickelten sich erst im Laufe der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts aus politischen Gesinnungsgruppen von angesehenen Persönlichkeiten, die auf das politische Leben Einfluß nahmen: die Liberalen und die Konservativen, deren programmatische Äußerungen erst aus dem Jahre 1848 für die Liberalen und von 1849 für die Konservativen datieren. Über die Staatsform einer Republik gab es keinen grundsätzlichen Dissens, allerdings in bezug auf deren innere Gestaltung. Die Liberalen setzten auf gesellschaftlichen Wandel und orientierten sich an den neuen Ideen von Gedankenfreiheit, individueller Fähigkeit und Selbständigkeit, Selbstverantwortung, Freihandel und wirtschaftlicher Freizügigkeit und begannen, solche Vorstellungen auch auf die staatliche Organisation zu übertragen. Dagegen hielten die Konservativen an den Werten der spanischen Tradition, an einer auf Autorität beruhenden Gesellschaft fest und wiesen der katholischen Kirche eine herausragende Rolle zu. Bis zu einem gewissen Grad waren beide politischen Richtungen Ausdruck unterschiedlicher wirtschaftlicher Interessen der Oberschicht, ohne daß jedoch entsprechende Tätigkeiten — bei den Konservativen vor allem Großgrundbesitzer, Sklavenhalter, Mitglieder alter privilegierter Familien, bei den Liberalen vor allem Kaufleute, Im- und Exporteure, Agrarunternehmer und städtische Intellektuelle — das ausschließliche Kriterium für die Parteizugehörigkeit gebildet hätten.

Eine Zusammenfassung der Entwicklung des Liberalismus und seiner frühen Programme findet sich bei Molina (1970 und ⁹1990). — Zur Konservativen Partei siehe Directorio Nacional de Unidad Conservadora (1967). Siehe auch zur Beschreibung der Parteiensituation in der Mitte des 19. Jahrhunderts Colmenares (1968).

Wachstum Protektionismus oder Freihandel förderlich sei, erschöpfte sich die Kraft der herrschenden Gruppen. Ansätze, eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen und die soziale Ungleichheit zu überwinden, erfolgten deshalb selten und zeitigten überdies nur partielle Ergebnisse, sei es für die ohnehin schon privilegierten Schichten, sei es für einzelne Provinzen (Ospina Vásquez 1955; Nieto Arteta 1975; McGreevey 1971; Kalmanovitz 1994).

Kolumbien bzw. Neu-Granada war durch ein Übergewicht der Exekutive gegenüber der Legislative wie auch der Zentralregierung gegenüber den Provinzen gekennzeichnet. Nach der Verfassung von 1843 hatte die Exekutive weitreichende Kompetenzen, in die Verwaltung und in die Regierung der einzelnen Regionen einzugreifen, indem sie z. B. die hohen Staatsbeamten und die Provinzgouverneure als ihre unmittelbaren Vertreter berufen und entlassen konnte (Pombo / Guerra 1951: III, 327-369). Gestützt wurde sie vom Militär und von der Kirche, die von ihrem traditionellen Einfluß auf Politik und Unterrichtswesen nichts verloren hatte, zumal die katholische Religion in der Verfassung als Staatsreligion verankert war.

In den Wahlen von 1847/48 gelang es den Liberalen, die politische Macht zu übernehmen und in der Anwendung liberaler politischer und ökonomischer Vorstellungen von Freizügigkeit, Eigenverantwortung des Individuums und von seinen Entfaltungsschancen dem Staat und der Wirtschaft eine neue Struktur zu geben. Die Liberalen garantierten die Pressefreiheit (1851) und schalteten den Einfluß des Klerus auf die Bildung aus. In der neuen Verfassung von 1853 verankerten sie die Freiheit der Religionsausübung und ein allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht, das die bisherige Bindung an Bildung und Besitz aufhob. Hinsichtlich der staatlichen Administration drängten die Liberalen die Einflußmöglichkeiten des Staates zurück. Die neue Verfassung von 1853 organisierte den Staat zwar formal zentralistisch, räumte den Provinzen aber weitgehende fiskalische und administrative Rechte und Aufgaben bis hin zur Formulierung eigener Verfassungen ein. In der Dezentralisierung äußerte sich die Überzeugung zahlreicher Zeitgenossen wie z. B. Rafael Nuñez, José María Samper, Salvador Camacho Roldán oder Manuel Murillo Toro, daß die einzelnen Provinzen ihre Angelegenheiten entsprechend ihren jeweiligen Voraussetzungen und Möglichkeiten besser und effektiver als eine Zentralregierung lösen und durch ihre Entwicklung zu Impulsgebern für die nationale Entwicklung werden könnten.

Mit ihren Maßnahmen zur Dezentralisierung leiteten die Liberalen einen Prozeß ein, der aufgrund der zunehmenden regionalen Interessen z. B. Panamas oder Antioquias mit der Verfassung von 1858 zur Umgestaltung der Republik Neu-Granada in die «Granadinische Konföderation» (*Confederación Granadina*) von acht Staaten führte. Einer der entschiedensten Befürworter des föderalen Systems war der

Panamese Justo Arosemena, der schon 1855 die Konstituierung Panamas als souveränes Bundesland (*Estado Federal Soberano*) innerhalb Neu-Granadas durchgesetzt hatte, was dann anderen Ländern als Vorbild diente. Auch Konservative unterstützten die Umwandlung in eine föderative Struktur; sie stellten mit Mariano Ospina Rodríguez sogar den ersten Präsidenten der Konföderation (1857-1861). Dieser Umwandlungsprozeß endete schließlich in einem in der Verfassung von 1863 geregelten extremen Föderalismus, der u. a. auch die Spannungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten und der Zentralregierung in Bogotá zu relativieren und die Diktatur des Generals Tomás C. de Mosquera, Gouverneur des Staates Cauca, zu überwinden suchte, nachdem dieser 1860 gegen die legitime Regierung rebelliert und das Land in einen zwei Jahre dauernden Bürgerkrieg gestürzt hatte.

Die 1863 in Rionegro (Antioquia) von einer nur von Liberalen beschiedenen Verfassungsgebenden Versammlung erarbeitete Verfassung der «Vereinigten Staaten von Kolumbien» (Pombo / Guerra 1951: IV), war zugleich Ausdruck des Zivilismus und Höhepunkt liberaler Vorstellungen. Indem sie die traditionellen Institutionen wie die Zentralregierung und die Kirche schwächte, die bislang die Basis für einen überregionalen Zusammenhang gebildet hatten, reduzierte sie den Staat auf einen losen Verband von neun souveränen Teilstaaten — Antioquia, Bolívar, Boyacá, Cauca, Cundinamarca, Magdalena, Panama, Santander und Tolima — unter einer nationalen, d. h. überregionalen Regierung, deren politische Macht und Funktionen mehr oder weniger bloßen Symbolcharakter besaßen. Sie bestätigte u. a. die Maßnahmen zur Enteignung des Grundbesitzes der *manos muertas*, unterstellte ferner die kirchlichen Gemeinschaften, denen ansonsten freie Religionsausübung gewährleistet wurde, staatlicher Kontrolle und schwächte die Rolle der katholischen Kirche. Sie sanktionierte individuelle Rechte und Freiheiten wie Wahlrecht, Pressefreiheit, absolute Freiheit der Meinungsäußerung, Bildungsfreiheit, Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung und des Handels, Versammlungsfreiheit — Rechte also, die die Liberalen als ein Gegengewicht gegen staatliche Machtwillkür sowie als Allheilmittel für soziale und wirtschaftliche Entwicklung erachteten. Neue Rechte betrafen die Unverletzbarkeit des menschlichen Lebens und damit die Abschaffung der Todesstrafe. Als Gipfel der liberalen Politik des *laissez-faire* war es erlaubt, auch in Friedenszeiten Waffen zu besitzen und mit Waffen Handel zu treiben.

Diese Verfassung galt bis 1885. Über zwanzig Jahre haben die Liberalen, d. h. die Gruppierung der Radikalen, als Präsidenten der Nationalregierung, aber auch als Gouverneure in verschiedenen souveränen Teilstaaten nach diesen Ideen von Freiheit, von privater und regionaler Selbstverantwortung sowie in der Konzentration auf den Agrarexport Kolumbien regiert — mit wechselhaften Erfolgen. Markt- und Wettbewerbsprinzipien sowie der Glaube an Privatinitiative und Individualleistung

brachten keine Verbesserung des Lebensstandards für die Gesamtgesellschaft: Die beginnende Auflösung der Reservate führte zur Verelendung der Indianer,² der Verkauf des Staatslandes sowie die Auflösung von Kirchenbesitz bewirkten statt Umverteilung neue Bodenkonzentration sowohl in den Händen der alten Großgrundbesitzer als auch der Kaufleute, die Vernachlässigung einer eigenen Industrie schwächte das einheimische Handwerk. Allerdings bildete sich ein Handelsbürgertum heraus, das an die Seite der alten Großgrundbesitzer trat und zur politisch führenden Schicht aufstieg.

Abgesehen davon, daß das freie Wahlrecht nicht zu einer allgemeinen Demokratisierung beitrug, sondern der Wahlbeeinflussung und dem Stimmenkauf Raum gab, gefährdete der extreme Föderalismus den staatlichen Zusammenhalt und schwächte die Exekutive in politischer wie auch in finanzieller Hinsicht (König 1992). Insbesondere hatte die Verantwortlichkeit der Provinzregierungen bzw. der souveränen Teilstaaten den Effekt, daß es keine Koordination der Infrastrukturmaßnahmen im Straßenbau mehr gab und jeder Teilstaat das Kommunikationsnetz nach eigenen Notwendigkeiten plante — meistens für den Export bestimmt. Vor allem seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts begannen die einzelnen Staaten mit der Planung und dem Bau von Eisenbahnlinien, die jedoch weniger der Verbesserung der Kommunikation eines Binnenmarktes dienen sollten, sondern geradezu als Verlängerung der Überseelinien konzipiert waren, um den Regionen mit wirtschaftlicher Aktivität besseren Zugang zu den Häfen zu verschaffen — wie z. B. die Linien Cali — Buenaventura, Bogotá — Girardot am Magdalena, Medellín — Puerto Berrío am Magdalena. Die von der liberalen Zentralregierung favorisierte, von anderen Staaten aber mißbilligte überregionale Linie, die Bogotá mit Boyacá und Santander — mit Zugang zum Magdalena — verbinden sollte, konnte nur bruchstückhaft bis Zipaquirá verwirklicht werden. Die kräftezehrenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Parteien um die politische Führung dauerten an, doch verlagerte sich der Streit von der nationalen auf die regionale bzw. lokale Ebene, so daß Gewalt zwar nicht aufhörte, es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neben einigen lokalen und regionalen Konflikten aber «nur» zu zwei größeren nationalen Bürgerkriegen kam. Vor allem aber konnten einige Teilstaaten ihre eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten ausschöpfen und so über die regionale Entwicklung zu Impulsgebern für die nationale Wirtschaft werden.

In den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts begannen wichtige Gruppen der kolumbianischen Gesellschaft die Dominanz des Föderalismus, die Konzentration auf den Agrarexport sowie die Abkehr von alten spanischen kulturellen und katholischen Werten zunehmend kritischer zu beurteilen. Die Ausfuhrerfolge

² Vgl. hierzu den Aufsatz von Thomas Fischer über die Indianervölker in Kolumbien (in diesem Band).

hatten die ökonomische Basis gebildet, auf der sich das liberale Modernisierungskonzept hatte entwickeln können. Als aber durch Preisfluktuationen auf dem Weltmarkt und durch Krisen des weltwirtschaftlichen Handelssystems bedingt die kolumbianischen Exporterlöse und damit die Staatseinnahmen nicht mehr den bisherigen Rhythmus aufwiesen, sondern Einbußen erlitten, zeigte sich, daß das liberale Konzept in den Zeiten der Krise nicht mehr taugte, zumindest nicht mehr für tauglich gehalten wurde. Über die Parteigrenzen hinweg wurde der Ruf nach einer neuen Ordnung immer lauter, konkret nach einem zentralen Staat, der in der Lage sein sollte, nicht nur die entstandene Krise zu meistern, sondern auch die während des Exportbooms gewachsenen Wirtschaftskräfte des Agrar-, Handels- und Kapitalsektors mehr als bisher zu koordinieren.

Wortführer und Chefideologe der Erneuerungsbewegung war Rafael Nuñez, der die neue Politik unter das Motto «Erneuerung oder Katastrophe» (*regeneración o catástrofe*) stellte. Im Programm der *regeneración* überlappten sich ökonomische Maßnahmen mit denen zur staatlichen Organisation. Teile der Liberalen, die sogenannten *independientes*, die mit den Ergebnissen der Verfassung von 1863 unzufrieden waren und sich seit dem Bürgerkrieg von 1876 von den Radikalen gelöst hatten, trugen gemeinsam mit der Konservativen Partei das neue Programm. Während der zweiten Präsidentschaft Nuñez (1884-1886) wurde es seit 1886 als ein nationales Entwicklungskonzept praktiziert. Nuñez förderte mit Unterstützung der Nationalen Partei, einem Zusammenschluß der *independientes* und der Konservativen, ein Programm der Importsubstitution. Der Aufbau einer einheimischen Industrie sollte die Außenorientierung reduzieren und die verschiedenen Wirtschaftszweige zu einer nationalen Einheit integrieren. Neue Schutzzölle, Maßnahmen zum Aufbau eines bislang vernachlässigten nationalen Verkehrsnetzes zwischen den Staaten, die Förderung eines effizienten Banksystems sowie die Einführung von Papiergeld dienten diesem Ziel. Gleichwohl blieb die Wirtschaft auf den Agrarexport ausgerichtet, denn mit dem Kaffee als neuem Hauptausfuhrprodukt erlebte Kolumbien positive Effekte der Konzentration auf den Export (Palacios 1963).

In gewissem Sinn setzte die *regeneración* die frühere Orientierung auf den Agrarexport fort — nur mit anderen Akzenten und im Rahmen eines starken, intervenierenden Staats. So stand die Umgestaltung der staatlichen Organisation im Zentrum der politischen Erneuerung. Unter der Federführung des Philologen Miguel Antonio Caro, eines Konservativen, wurde eine neue Verfassung erarbeitet und im August 1886 angenommen. Sie schaffte den Föderalismus von Rionegro ab und konstituierte die kolumbianische Nation wieder als eine unitarische Republik. Anstelle der souveränen Teilstaaten wurden *departamentos* mit direkt dem Präsidenten unterstellten Gouverneuren errichtet. Von dieser Regelung war besonders

Panama betroffen; es wurde der Zentralregierung direkt unterstellt, um dort die Sicherheit für die seit 1880 begonnenen und von französischen Finanzgesellschaften finanzierten Kanalbauarbeiten gewährleisten zu können. Der für sechs Jahre gewählte Präsident erhielt weitgehende Vollmachten; u. a. konnte er die oppositionelle Presse verbieten, eine Maßnahme, die die Vizepräsidenten Carlos Holguín und Miguel Antonio Caro in Abwesenheit von Nuñez einige Male praktizierten. Überhaupt wurde die Exekutivgewalt gegenüber der Legislative wieder gestärkt; sogar die Richterliche Gewalt war der Exekutive untergeordnet. Das allgemeine Wahlrecht für Männer beschränkte sich auf die Gemeindewahlen, für die Wahlen zum Repräsentanten galt ein qualifiziertes, an Besitz und Bildung gebundenes Wahlrecht, die Wahl des Präsidenten und der Senatoren erfolgte durch Wahlmänner. Die Todesstrafe wurde wieder eingeführt, ein ca. 6 000 Mann starkes Heer bildete ein wichtiges Ordnungsinstrument. Kolumbien organisierte sich zu einer autoritären Republik, in der die katholische Kirche wieder ein starkes Gewicht erhielt. Die Verfassung erklärte die katholische Religion zur Staatsreligion und zum essentiellen Bestandteil der kolumbianischen Gesellschaft. Entsprechende Regelungen, die 1887 im Konkordat mit Rom formuliert waren und 1892 ergänzt wurden, sorgten für die finanzielle Wiedergutmachung für die enteigneten Kirchengüter und sahen vor, daß das Bildungssystem wieder in Übereinstimmung mit den Dogmen und Moralvorstellungen der katholischen Religion organisiert werden sollte. Der Religionsunterricht wurde obligatorisch und die Kirche übernahm wieder ihre frühere bevorrechtigte Funktion bei Zivilstandsfragen wie Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen.

Die *regeneración* versprach Ordnung und Sicherheit, doch statt die verschiedenen Gruppen der beiden Parteien zu koordinieren und Regeln des politischen Miteinanders zu entwerfen oder die Opposition in den politischen Willensbildungsprozeß einzubeziehen, führte die Politik der konservativen Regierung immer mehr zu einer ideologischen Polarisierung und zu Repressionen gegen die Liberalen. Besonders die Einflußnahme der Zentralregierung bei *departamento*- und Kongreßwahlen, wobei den Konservativen die ländliche Struktur und die Unterstützung der Kirche zugute kam, grenzte die Liberalen fast vollständig aus und nahm ihnen auch angesichts der Einschränkung der Pressefreiheit die Möglichkeit, über Wahlen politische Macht wiederzugewinnen. Politische Auseinandersetzungen, ja Bürgerkriege waren damit geradezu vorprogrammiert. Im Jahr 1895 erhoben sich die Liberalen zum ersten Mal gegen die autoritäre Regierung des Präsidenten Miguel Antonio Caro — noch erfolglos. Im Oktober 1899 griffen die Liberalen erneut zum Mittel der Gewalt, um die Hegemonie der Konservativen zu brechen. Aus einem regionalen Aufstand in Santander entwickelte sich ein blutiger Krieg, der bald das ganze Land ergriff, weil sich in ihm liberale Ansprüche mit einer allgemeinen Unzufriedenheit über den

wirtschaftlichen Rückgang verbanden, den Preiseinbrüche beim Kaffeexport verursacht hatten. Fast drei Jahre dauerte dieser mit wechselndem Erfolg und zum Teil mit Guerillataktik geführte «Krieg der Tausend Tage», ohne daß die Liberalen, die zeitweise von den liberalen Regierungen Ecuadors und Venezuelas unterstützt wurden, die Hegemonie der Konservativen brechen konnten. Der Krieg kostete nicht nur an die 100 000 Tote und verwüstete das ohnehin wirtschaftlich geschwächte Land. Er absorbierte auch die politischen und militärischen Kräfte, die notwendig gewesen wären, um die während des 19. Jahrhunderts schon mehrfach versuchte Abspaltung Panamas von Kolumbien zu verhindern. Zu Beginn des Krieges hatten in Panama stationierte Truppen der Zentralregierung auf das Festland abgezogen werden müssen und fehlten als Ordnungsmacht für interne Auseinandersetzungen auf dem Isthmus. Den Begehrlichkeiten der USA, nach der kostenlosen Übertragung der Panama-Konzessionen der bankrotten französischen Kanalgesellschaft an die USA den Bau fortzusetzen und alle Rechte über eine Kanalzone zu erhalten, wie es der sogenannte von den USA diktierte Hay-Herrán-Vertrag vom Januar 1903 vorsah, konnte Kolumbien nichts entgegensetzen. Der Kongreß verhinderte zwar die Ratifizierung dieses Vertrags, trieb aber gerade damit die am internationalen Handel interessierten Panamesen in die Arme der USA. Unter dem Schutz und Einfluß der USA erklärte Panama seine Unabhängigkeit. So endete der bislang blutigste Bürgerkrieg Kolumbiens im November 1902, Kolumbien aber hatte einen wichtigen Teil seines Staatsgebiets verloren.³

Mit der Verfassung von 1886 hatte Kolumbien seine endgültige Regierungsform gefunden: Es konstituierte sich als unitarische Republik. Nach der Loslösung Panamas im Jahr 1903 hatte es neue Grenzen erhalten. Mit dem Kaffee stand ihm ein Produkt zur Verfügung, das für die nächsten Jahrzehnte zum Impulsgeber wurde. Kolumbien hatte auf dem Weg zur innenpolitischen und staatlichen Konsolidierung einen wichtigen Schritt getan, ohne daß jedoch die zentrifugalen Kräfte schon ganz überwunden gewesen wären. Die Frage der nationalen Integrität Kolumbiens war nämlich keinesfalls gelöst. Verschiedene *departamentos* wie Cauca, Santander, Bolívar und Antioquia zeigten im Gefolge der Panama-Loslösung ebenfalls deutliche Separationsbestrebungen. Es kursierten sogar Gerüchte über die Bildung einer Union aus Teilen des *departamento* Santander mit der venezolanischen Region Táchira (Correa Uribe 1991: 72-73). Überdies bezeugt die Handhabung der Verfassung von 1886 und die Unterdrückung der Opposition, daß die kolumbianische Gesellschaft noch hierarchisch strukturiert und autoritär orientiert war und die politischen Führungsschichten im Festhalten am Zweiparteiensystem und mit dem politischen

³ Vgl. hierzu auch den Aufsatz von Thomas Fischer über die kolumbianischen Außenbeziehungen (in diesem Band).

Exklusivismus vom Konzept eines wirklich demokratischen Staates noch weit entfernt waren. Auch die Lösung der «sozialen Frage» stand Kolumbien noch bevor.

3 Politische Modernisierung im 20. Jahrhundert

Der Kampf zwischen den beiden Traditionsparteien um die politische Macht sowie aufeinanderfolgende Perioden liberaler oder konservativer Alleinherrschaft, während der die gerade regierende Partei den Staats- und Beamtenapparat zu monopolisieren und gegen die andere Partei einzusetzen suchte, haben die Geschichte Kolumbiens bis weit über die Mitte dieses Jahrhunderts bestimmt (Dix 1969; Pérez 1989; Tirado Mejía 1995). Dabei bedeutete die Ablösung der Herrschaft durch die jeweils andere Partei keineswegs einen echten programmatischen Wechsel, aus dem sich ein dauerhafter und tiefgreifender sozialer Wandel oder Entwicklungsimpulse für die Gesamtgesellschaft ergeben hätten. Zum einen waren die programmatischen Unterschiede — abgesehen von der Haltung gegenüber der Kirche sowie von der Staatsintervention in die Wirtschaft — recht unbedeutend. Zum anderen rekrutierten sich die Führungsgruppen beider Parteien aus ein und derselben, durch vielfältige familiäre und informelle Beziehungen miteinander verbundenen Oligarchie, die aus den traditionellen Schichten des Agro-Export-Sektors, den Großgrundbesitzern, Großkaufleuten und den neuen Gruppen der Industriellen und der Finanzelite bestand. Ihnen dienten die Parteien, um ihren sozialen Status und ihre wirtschaftlichen Interessen absichern sowie allgemein den Zugang zu politischer Macht kontrollieren zu können. Überdies ist festzustellen, daß sich die Parteipolitiker in ihrem Verhalten weniger durch Parteiprogramme als vielmehr durch Ämterkonkurrenz sowie durch ein Netz von Beziehungen und Verpflichtungen, den sogenannten *clientelismo*, bestimmen ließen (Deas 1973; Schmidt 1974; Miranda Ontanela / González G. 1976; Leal Buitrago / Dávila Ladrón de Guevara 1990).

Diese Oberschicht, deren Kern wenige hundert alteingesessene Familien bilden, macht lediglich ca. 5 % der Gesamtbevölkerung aus. Dennoch ist es ihr bislang gelungen, die Kontrolle über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auszuüben, wie sie sich in den zahlreichen Querverbindungen und Verflechtungen zwischen Politik, Wirtschaftsverbänden — z. B. Verband der Kaffeepflanzer (*Asociación Nacional de Cafeteros de Colombia*), der Gesellschaft der Landwirte Kolumbiens (*Sociedad de Agricultores de Colombia*), dem Verband der Großindustrie (*Asociación Nacional de Industriales*) — und den Massenmedien manifestiert (Dix 1969: Kap. 3; Fluharty 1957; Payne 1968; Hoskin / Leal Buitrago / Kline / Rotlisberger / Borrero 1973/1975; Kline 1974). Eine Charakterisierung, sozusagen eine Innenansicht dieser Elite, liefert Alfonso López Michelsen, Sohn des liberalen Präsidenten Alfonso López

Pumarejo (1934-1938) und später selbst Präsident (1974-1978) in seinem Buch *Los elegidos* (1953; 1967). Ein Mittel der Herrschaftssicherung bestand z. B. in einem parteiübergreifenden Zusammenschluß oder in der Bildung einer Art «Großer Koalition», wenn es galt, Reformpolitik aus den eigenen Reihen zu entschärfen oder den Druck anderer Gesellschaftsschichten abzuwehren, die im Zuge politischer und wirtschaftlicher Modernisierungsmaßnahmen und der Industrialisierung mobilisiert worden waren und die überkommene Macht- und Gesellschaftsstruktur in Frage stellten (Pérez 1989). Die Oberschicht hatte in dieser Weise schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts reagiert, als sie sich mit den Ansprüchen der durch den Freihandel benachteiligten städtischen Unter- und Mittelschichtsbevölkerung konfrontiert gesehen hatte (König 1988: 294-298). Sie verhielt sich nicht anders, als sie die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Reformen des progressiven Flügels der Liberalen unter Alfonso López Pumarejo oder Jorge Eliécer Gaitán in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts bekämpfte.⁴ Im einzelnen lassen sich hinsichtlich der staatlichen bzw. politischen Entwicklung im 20. Jahrhundert folgende größere Phasen erkennen.

4 Die Konservative Republik bis 1930

Erste Schritte, die mit der Abtrennung Panamas eingetretene Krisensituation wie überhaupt die innenpolitischen Auseinandersetzungen zu überwinden und weiteren Separationsbestrebungen zu begegnen, erfolgten unter der Regierung des Konservativen Rafael Reyes (1905-1909), der als General an den Bürgerkriegen des 19. Jahrhundert teilgenommen hatte. Reyes führte per Gesetz die Todesstrafe für politische Vergehen, besonders für Separationsbestrebungen, ein. Zu starke regionale Interessenpolitik versuchte er dadurch zu schwächen, daß er den Gesamtstaat neu gliederte, indem er das Staatsgebiet in einundzwanzig *departamentos* aufteilte. Sein Regierungsmotto «weniger Politik — mehr Administration», das Reyes bei seinem Amtsantritt am 7. August 1904 darlegte (Monsalve 1954: 330-332) und das zweifellos aus Überlegungen von Mitgliedern der nach der Separation von Panama gebildeten Beratungskommission (*Junta Consultativa*) entstanden war, machte deutlich, worum es vor allem ging. An die Stelle von «Politik» — verstanden als Parteienkampf, Exklusivismus und staatliche Desorganisation — wollte Reyes eine stärkere Administration und mehr staatliche Intervention setzen. Dazu initiierte er zahlreiche Reformen und politische Maßnahmen, die jedoch auf den Widerstand

⁴ Vgl. hierzu den Aufsatz von John W. Green über kolumbianische Volksbewegungen und Massenmobilisierungen (in diesem Band).

besonders der Konservativen stießen. Denn neben Steuerreformen, einer Verfassungsreform, zolltariflichen und haushaltspolitischen Maßnahmen versuchte Reyes, auch die Liberalen wieder in die Politik einzubinden. Da sich der Kongreß jedoch gegen diese Maßnahmen sperrte, löste Reyes ihn kurzerhand auf (Lemaitre 1967: 301-315; Molina 1970: 225-227; Restrepo 1972: I, 215-217) und schuf an seiner Stelle eine Nationalversammlung (*Asamblea Nacional Constituyente y Legislativo*), in der die Liberalen gegenüber den Konservativen immerhin ein Drittel der Repräsentanten stellen sollten (*Anales de la Asamblea Nacional*: 1-2).⁵ Trotz Minoritäten-Gesetz hielt Reyes grundsätzlich am Zweiparteiensystem als dem für Kolumbien notwendigen politischen Regierungsprinzip fest (Pérez 1989: 35-58); obwohl er einige liberale Politiker an seiner Regierung beteiligte, wurde dieses Gesetz nicht realisiert. Statt größere politische Beteiligung oder gar parteipolitische Opposition zuzulassen und Regeln für das parteipolitische Neben- oder Miteinander zu setzen, ging Reyes nach dem Vorbild des mexikanischen Präsidenten Porfirio Díaz immer mehr zu diktatorialen Maßnahmen über, die dann in einer rigorosen Verfassungsänderung gipfelten: Die Amtszeit des Präsidenten wurde auf zehn Jahre (1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1914) verlängert. Dadurch gewann der Staat zwar formal an Stabilität, verlor aber an Demokratie. Dennoch oder gerade deswegen erhielt Reyes, der Protektionismus für die Industrie praktizierte und den Unternehmern vielfältige Unterstützung gewährte, bis 1909 die Unterstützung wichtiger Gruppen der kolumbianischen Gesellschaft. Erst als er sich bereit zeigte, mit den USA zu einem für Kolumbien ungünstigen und unehrenhaften Kompromiß über die Regelung der Panama-Frage zu gelangen, mußte er zurücktreten. Die Verfassung von 1886 wurde sodann wieder in Kraft gesetzt.

Mit Präsident Carlos E. Restrepo (1910-1914) kam ein Mann an die Regierung, der seit 1903 zu den eifrigsten Verfechtern eines Ausgleichs und einer Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Liberalen gehörte und die politische Partei der Republikaner als entsprechendes Sammelbecken gegründet hatte. Mit seiner Amtsübernahme begann diese Gruppierung, sich wieder in ihre jeweiligen Parteizugehörigkeiten aufzulösen, wobei die Konservativen unter Marco Fidel Suárez, später Präsident von 1918-1921, als Differenzierung von den Liberalen erneut das Verhältnis zur katholischen Kirche hervorhoben. Obwohl Restrepo selbst zu mehr politischer Toleranz aufrief und bemüht war, die Wahlen korrekt durchzuführen, gelang es ihm nicht, die alten politischen Differenzen, den unversöhnlichen Parteienstreit ab- und Vertrauen in die politischen Institutionen aufzubauen. Die Konservativen nutzten ihre bestehende Mehrheit schamlos aus, indem sie sich ihrer örtlichen,

⁵ Mit dem *Acto Reformatorio* N° 8 vom 13. April 1905 wurde diese Beteiligung als Prinzip der Minderheitenvertretung auch in die Verfassung aufgenommen (*Anales de la Asamblea Nacional*).

regionalen und nationalen Funktionsträger bis hin zu Wahlbeeinflussung und Wahlbetrug bedienten, und festigten so ihre seit den Zeiten der *regeneración* bestehende Hegemonie, allerdings auf Kosten der Glaubwürdigkeit von korrekten Wahlen und zunehmender interner gewaltsamer Auseinandersetzungen. Die grundsätzliche Dominanz der Konservativen wurde lediglich durch eine gewisse Beteiligung der Liberalen im Parlament relativiert.

War so auf politischer Ebene zwischen den beiden Traditionsparteien ein gewisser Stillstand eingetreten, so erlebte Kolumbien im Prozeß der Modernisierung auf dem Weg von einer Agrargesellschaft zu einer Industriegesellschaft ein bis dahin nicht gekanntes beschleunigtes und fieberhaftes Wirtschaftswachstum, das nicht ohne Folgen für die politische Entwicklung blieb. Für dieses Wachstum war außer dem Gewinn aus dem Kaffeexport⁶ ein enormer Geldzufluß aus US-amerikanischen Darlehen verantwortlich. Die Darlehensgewährung wurde mit der Regelung der Panama-Frage eingeleitet, die nach langjährigen Verhandlungen endlich 1921 zustande gekommen war. Die USA verpflichteten sich, Kolumbien für den Verlust Panamas mit einer Summe von 25 Millionen Dollar zu entschädigen, die in mehreren Raten zu zahlen waren: 10 Millionen in 1923 und je 5 Millionen Dollar jährlich zwischen 1924 und 1926. Der Vertrag zog nun weitere Millionen ins Land. Zusätzlich flossen zwischen 1924 und 1928 weitere 175 Millionen Dollar als Darlehen in die kolumbianische Wirtschaft. Es begann damit ein Wirtschaftswachstum, dessen immer deutlicher werdende Fieberhaftigkeit und negative Auswirkungen seit 1927 Zeitgenossen wie z. B. der liberale Wirtschaftspolitiker Alejandro López als «Tanz der Millionen»⁷ oder wie der führende liberale Oppositionspolitiker und spätere Präsident Alfonso López Pumarejo 1928 als «Prospérité auf Pump»⁸ bezeichneten.

Die Zeit des wirtschaftlichen Wachstums seit dem Boom der Kaffee-Exporte und besonders nach 1924, als die zusätzlichen Dollarmillionen ins Land flossen, schien zumindest die Wirtschaft auf den Weg der Modernisierung und Entwicklung gebracht

⁶ Zur Bedeutung des Kaffees als Hauptausfuhrprodukt, mit dem Kolumbien besonders seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts zum ersten Mal dauerhafte positive Effekte der nach außen gerichteten Entwicklung erlebte, siehe Nieto Arteta (1969: 39-104); Arango (1977); Palacios (²1983); Bejarano 1987.

⁷ Alejandro López verwendet diesen Terminus in seinem 1929 geschriebenen «Idearium Liberal» (Paris 1931); in Auszügen wiederabgedruckt in López (1976: 191), Auszüge auch in Jaramillo Uribe (1970: 13-96). — Auch in anderen Zeitungen, Darstellungen und sogar Monographien war diese Charakterisierung äußerst beliebt. — Siehe die Überschrift zu Kapitel VIII der Arbeit von Fred Rippy (1970: 185).

⁸ Alfonso López Pumarejo sprach in einem offenen Brief vom 20. Mai 1928 an Nemesio Camacho, veröffentlicht in der Zeitung *El Diario Nacional* (Bogotá) vom 24. Mai 1928, vom «edificio de nuestra prosperidad, levantado a debe». In seinem Artikel «Un estudio de la prosperidad a debe» in der Zeitung *El Tiempo* vom 10. Juni 1928 erschien dann der stehende Ausdruck. Siehe dazu Tirado Mejía (1986). — Siehe auch die informative und auf zahlreiche zeitgenössische Dokumente gestützte Arbeit von Patiño Roselli (1981).

zu haben. Bei seinem Amtsantritt 1926 meinte Präsident Abadía Méndez (1926-1930) noch: «Wir erleben eine schöpferische Revolution, die unsere Nation verändern wird».⁹ Sie war aber zugleich auch eine Zeit der sozialen Konflikte und Proteste. Diese ergaben sich u. a. dadurch, daß der Staat den Begleiterscheinungen des beschleunigten Wachstums zu wenig Aufmerksamkeit schenkte und ebensowenig auf die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der neuen, sich herausbildenden Interessengruppen einging. Das wirtschaftliche Wachstum, begleitet vom Anwachsen der Städte, hatte eine soziale Differenzierung in Gang gesetzt, die weniger bei der mit 5 % zahlenmäßig geringen Oberschicht, wohl aber bei der mit 80 % zahlenmäßig größten Gruppe der unteren Bevölkerungsschichten zu bemerken war.¹⁰ Da innerhalb der Oberschicht enge wirtschaftliche und auch personelle Verbindungen zwischen den wichtigsten Wirtschaftssektoren Landwirtschaft, Export, Handel, Banken, ja selbst der Industrie bestanden, bildete sich ein industrielles Bürgertum als eigenständige Gruppe nur zögernd heraus, so daß es im Unterschied zu den Gruppen der Großgrundbesitzer und *cafeteros* noch keine gewichtige organisierte politische *pressure-group* darstellte.¹¹ Bei den unteren Bevölkerungsschichten zeigten sich im Gefolge der beginnenden Industrialisierung, der Infrastrukturmaßnahmen im Bau- und Verkehrswesen sowie durch die Ausbeutung von Erdöl und den Anbau von Bananen in den ausländischen Enklaven die ersten Ansätze zu einer städtischen und ländlichen Arbeiterklasse. In dem Maße, wie die wirtschaftliche Prosperität zunahm, wuchs auch der Protest dieser neuen Gruppen, die an dieser Prosperität nicht beteiligt waren, sondern im Gegenteil unter den Konsequenzen des Wachstums, z. B. einer hohen Inflationsrate, zu leiden hatten (López C. 1975).

Den berechtigten Forderungen der Arbeiter, an der Prosperität teilzuhaben, trugen die Regierungen dieser Jahre wenig Rechnung. Zwar wurden einige arbeiterfreundliche Gesetze bezüglich des Streikrechts (1919/20) und mancher Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in einigen Firmen (ärztliche Versorgung 1921; Lebensversicherung 1922; Krankengeld 1923, freier Sonntag 1925) erlassen, doch änderte sich dadurch nichts an der Benachteiligung der Lohnabhängigen (Urrutia 1969; Pécaut 1973). So kam es in den verschiedensten Wirtschaftszweigen zu Streiks und Arbeitskämpfen, zunächst spontan und auf friedliche Regelung bedacht, zunehmend aber durch die sich zögernd bildenden Gewerkschaften vorbereitet und — in der

⁹ Monsalve (1954: 38). Auch López Pumarejo, bald einer der heftigsten Kritiker des Wachstums auf Pump, teilte 1926 noch diese positive Einschätzung, siehe den Zeitungsartikel in *El Tiempo* vom 1. Januar 1926.

¹⁰ Zu den Zahlen siehe Urrutia / Berry 1975.

¹¹ Einen informativen Überblick über Gründungen und Funktion der finanziellen Interessenvertretungen gibt immer noch Dix (²1969: 322).

Reaktion auf das Verhalten der Unternehmer — auch gewaltsamer (Torres Giraldo 1974).

Auch auf dem Land machten sich die sozialen Konsequenzen des Wirtschaftswachstums bemerkbar. Hier war die Situation durch die sich immer mehr verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen Großgrundbesitzern und der Landbevölkerung, den Pächtern, Landbesetzern und Tagelöhnern gekennzeichnet. Die Großgrundbesitzer sahen sich durch die Abwanderung der Landarbeiter zu den Baustellen oder in die Städte ihrer billigen Arbeitskräfte beraubt, die meist als Kleinpächter als Gegenleistung zur Nutzung eines Stückchen Landes unentgeltlich für den Großgrundbesitzer arbeiteten. Weniger Arbeitskräfte aber bedeutete, daß die Landarbeiter höhere Löhne forderten, die sich nach denen der Bauarbeiter richteten. Die Großgrundbesitzer reagierten in der Weise, daß sie von der Regierung eine Angleichung der Bauarbeiterlöhne an das Niveau auf dem Land und überhaupt die Bereitstellung von Arbeitskräften verlangten. Dagegen erhoben in den Kaffeezonen mit Großplantagen wie in Cundinamarca und Tolima die Pächter die Forderung, auf ihren Parzellen außer bzw. statt der traditionellen, zur Eigenversorgung bestimmten Anbauprodukte wie Mais, Bohnen, Maniok oder Bananen auch Kaffee anbauen zu dürfen, weil sie mit der Umstellung auf den Kaffee als *cash-crop* die Möglichkeiten sahen, am Wirtschaftsboom teilzuhaben und zugleich als Besitzer von Kaffeebäumen sich aus dem traditionellen Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Großgrundbesitzer lösen und ihren sozialen Status anheben zu können. Angesichts der Weigerung der Großgrundbesitzer, denen dieser Effekt keineswegs entging, begannen die *campesinos*, sich zu Bauernligen zusammenschließen, öffentliches oder privates ungenutztes Land zu besetzen und zu bebauen oder günstige Pacht- und Arbeitsverträge zu verlangen (Tovar 1975). Die Auseinandersetzungen verliefen nicht immer gewaltlos, sie wurden noch dadurch verschärft, daß die Regierung mit Polizeieinsatz Lösungen im Sinne der Großgrundbesitzer zu erreichen versuchte; und das hieß allemal: Schutz des Eigentums. Daß dieses Eigentum auch gesamtwirtschaftlich genutzt werden mußte, war ebensowenig vorgesehen wie der Schutz derer, die das Land bewirtschafteten: der Landarbeiter oder Kleinpächter. Noch hatte die Priorität des individuellen Eigentumsrechts durch den Grundsatz von der sozialen Funktion von Eigentum nicht modifiziert werden können.¹²

Im Kontext der sozialen und wirtschaftlichen Spannungen dieser Periode, die Antonio García mit Recht als «Krise des traditionellen Systems» charakterisiert hat (García 1974: 70), vollzogen sich im politisch-ideologischen Bereich wichtige Veränderungen. Neben den erwähnten ersten Ansätzen einer Gewerkschaftsbewegung

¹² Der liberale Politiker Salvador Iglesias hatte 1923 im Kongreß einen entsprechenden Gesetzentwurf nicht durchbringen können. Der Text ist abgedruckt bei Romero Aguirre (1971: 318-324).

seit dem Ersten Weltkrieg entstanden auch Diskussionszirkel und politische Klubs. In ihnen beschäftigten sich zumeist junge Intellektuelle und Studenten, die von den Ergebnissen der Revolutionen in Mexiko und in Rußland beeinflusst waren, aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen ihres Landes registrierten, mit sozialistischen und kommunistischen Ideen und propagierten wie z. B. Jorge Eliécer Gaitán in seiner Examensarbeit (1924) ihre Anwendung in Kolumbien als Überwindungsstrategien. Ja, sogar neue, sozialistische Parteien wurden gegründet; so 1919 eine Sozialistische Partei und 1926 die Sozialistische Revolutionäre Partei (*Partido Socialista Revolucionario*), die praktisch einen Zusammenschluß verschiedener intellektueller Zirkel und einiger Gewerkschaftsgruppen darstellte. Obwohl die meisten dieser Gruppen und Klubs nur kurzlebig waren und keinen direkten politischen Einfluß hatten, waren sie doch ein bezeichnender Ausdruck einer politischen und sozialen Umbruchstimmung. Vor allem aber forderten sie die traditionellen Parteien heraus.

Es waren vor allem die Liberalen, die in ihren Reaktionen auch die Möglichkeit zur erneuten Machtübernahme sahen. Große Teile der Liberalen Partei, die sich seit 1886 von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen sah, übernahmen sozialistische Ideen und gaben das bisherige Konzept des liberalen *laissez-faire* im politischen und ökonomischen Bereich auf. Nun forderten die Liberalen immer dringlicher, z. B. auf dem Parteitag in Ibagué 1922, ein stärkeres Eingreifen von staatlicher Seite, das, wie es im Artikel 17 des Programms der *Convención* von Ibagué heißt, «auf eine gleichere und gerechtere Verteilung der Güter abzielt und Monopole und Privilegien, die die Gemeinschaft beeinträchtigen, verhindert» (Romero Aguirre 1971: 219). Gefordert wurde ein aktiver Staat, der seine Zurückhaltung angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufgeben und in das freie Spiel der Kräfte korrigierend eingreifen mußte.¹³ Es handelte sich hier ähnlich wie bei Bismarck um einen «Sozialismus von oben», um einen «Sozialismus des Staates», den der liberale Parteiführer General Rafael Uribe Uribe schon 1904 gefordert hatte, um dem «Sozialismus der Straße» zuvorzukommen.¹⁴ Es ist nicht zu übersehen, daß bei den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit durch Sozialgesetzgebung und -fürsorge des Staates auch ein taktisches Moment mitspielte, mit dem die Liberalen ihr Wählerpotential in den Städten und auf dem Land für die Rückkehr an die Macht

¹³ Vgl. die Überlegungen von Alejandro López: «Idearium Liberal», in: López (2¹⁹⁷⁶: 169-184). A. López spricht von einem positiven Interventionismus des Staates; siehe dazu die Auszüge aus dem «Idearium Liberal» in Jaramillo Uribe (1970: 13-96, hier S. 76).

¹⁴ Text der Rede Uribes vom 23. Oktober 1904 bei Romero Aguirre (1971: 154-173).

ausbauen wollten.¹⁵ Zweifellos aber hat eine kritische Analyse der bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und der Probleme, die sich mit dem neuen wirtschaftlichen Wachstum und der sozialen Differenzierung einstellten, zu einer neuen Konzeption des Staates und seiner Aufgaben geführt.

5 Die liberale Republik 1930-1946/48

Nach fünfundvierzig Jahren politischer Hegemonie hatten die Konservativen 1930 abgewirtschaftet. So kamen die Liberalen nach einer erzwungenen Machtabstümpfung im Gefolge der Weltwirtschaftskrise wieder an die Macht und vollzogen unter Enrique Olaya Herrera (1930-1934) und dann besonders unter Alfonso López Pumarejo (1934-1938) den ersten deutlichen Bruch mit den traditionellen Strukturen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unterstützt von wichtigen Gruppen wie den Intellektuellen, Teilen eines sich konsolidierenden Industriebürgertums und in zunehmendem Maße auch von den Gewerkschaften, trugen sie den Problemen der Zeit Rechnung. Sie formulierten, indem sie auf die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen in Kolumbien reagierten, eine neue Politik, die in wirtschaftlicher Hinsicht die Abkehr von der ausschließlichen Orientierung auf den Weltmarkt und den Agrarexport beinhaltete, stattdessen durch den Ausbau einer eigenen Industrie, gekoppelt mit Reformen im Agrarbereich, eine stärkere Orientierung auf den Binnenmarkt vorsah und allgemein eine stärkere Einflußnahme des Staates besonders in wirtschaftlichen und sozialen Fragen praktizierte. Diese Politik vollzog sich in zwei Stufen. Die Regierung Olaya Herrera, die sich als «nationale Konzentration» verstand, weil in ihr auch die Konservativen durch einige Minister vertreten waren, war eigentlich noch die bloße Reaktion auf die bedrohliche wirtschaftliche Situation, denn es fehlte den Liberalen zu diesem Zeitpunkt noch die soziale und ökonomische Basis, um auf die Unterstützung und das Wohlwollen der bisher dominierenden Gruppen verzichten zu können. Solange die Vertreter des Agroexportsektors noch voller Stolz ihre Verdienste als Devisenbringer herausstreichen und die Industrialisierung für Kolumbien als Absurdität abtun konnten, solange der Staat auf die Einnahmen aus dem Agrarexportsektor angewiesen war, waren die Liberalen in ihrem Handlungsspielraum eingeeignet, zumal sie die nationale Entwicklung im verfassungsmäßigen,

¹⁵ Siehe dazu den offenen Brief von Alfonso López an Nemesio Camacho, in *El Diario Nacional* vom 26. April 1928; im Zusammenhang mit einigen Parteiaustritten und der Diskussion über die Richtung der Liberalen Partei in Auseinandersetzung mit dem Sozialismus bemerkt er, daß die Liberalen sich die Erwartungshaltung der Arbeiter und den Wunsch der Bevölkerung nach einer Verbesserung ihres Lebensunterhalts zunutze machen sollten.

parlamentarischen Rahmen zu realisieren gewillt waren. Deshalb erlangte die Tatsache, daß die Regierung Olaya Herrera 1931 die Gründung von Gewerkschaften legalisierte und das Streikrecht regelte, in der Folgezeit besondere Bedeutung, konnte doch dadurch und in Verbindung mit einigen weiteren arbeiterfreundlichen Gesetzen wie Arbeitsschutz (1931) und Achtstundentag (1934) in den unteren Bevölkerungsschichten langfristig ein wichtiger Koalitionspartner gewonnen werden. Erst die Regierung López Pumarejo vollzog dann den Bruch mit den traditionellen Strukturen von Politik und Wirtschaft und verfolgte mit ihrem Programm der «Revolution auf dem Marsch» eine nach innen gerichtete Entwicklungspolitik. Sie reagierte nicht mehr bloß, sondern setzte Schutzzölle, Landverteilung mit dem berühmten Agrargesetz von 1936, Gewerkschaftsgründung und Arbeiterschutz bewußt und gezielt als Stimulatoren einer nationalen Entwicklung ein. Sie wies dabei dem Staat dezidiert, als es die Regierung Olaya Herrera getan hatte, 1936 mit dem «Gesetz Nr. 1» als Zusatz zur seit 1886 bestehenden Verfassung die Rolle eines wirtschaftlichen Akteurs zu, der in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte korrigierend eingreifen sollte, und schuf den für die Realisierung dieses Programms notwendigen finanziellen und juristisch-rechtlichen Rahmen (Tirado Mejía 1981).

Indem die Liberalen den Prozeß der Industrialisierung forcierten, eine arbeiterfreundliche und gewerkschaftsfördernde Politik betrieben, große Flächen von bisher ungenutztem Land der Großgrundbesitzer an die *campesinos* verteilten, im Bildungsbereich von einer bloßen Elitförderung abrückten und deshalb die Schulpflicht sowie die weltanschaulich neutrale, unentgeltliche staatliche Schule mit neuen, an den Natur- und Sozialwissenschaften ausgerichteten Bildungsinhalten und Methoden einzuführen und damit den bisherigen Einfluß der sozialkonservativen katholischen Kirche auf den öffentlichen Erziehungssektor zurückzudrängen versuchten, unternahmen sie Schritte in Richtung Modernisierung der Wirtschaft und Veränderung der Gesellschaft.¹⁶ Diese Reformen bedeuten den Versuch einer Neugestaltung der Beziehung Staat-Gesellschaft. Es ging darum, durch Modernisierung der Bürokratie und Kooperation mit einer breiten Massenbasis dem Staat eine größere Autonomie gegenüber den bisher dominierenden Gruppen von Grundbesitzern und wirtschaftlichen Verbänden zuzumessen, um soziale Konflikte zu entschärfen und den unteren

¹⁶ Zur Analyse der Reformpolitik dieser Zeit, zur sogenannten «Revolution auf dem Marsch», siehe Dix (1969: 82). — Zu López' Selbsteinschätzung seiner Ziele und zur Problematik seiner Reformpolitik siehe *Mensajes del presidente López al Congreso: cartas y discursos del presidente López*, 5 Bde. Bogotá 1935-1938. — Zur Einordnung der Reformbestrebungen in den historischen Entwicklungsprozeß siehe König (1983b: 245-284). — Zur Schulpolitik der Zeit siehe Jaramillo Uribe (1982: 285-289, 328-334). — Die Ablehnung dieser weltanschaulich neutralen Schulpolitik durch die katholische Kirche geht aus dem Brief des Erzbischofs von Bogotá an den Präsidenten vom 13. November 1935 hervor (in: *La Iglesia* 29 [1935], S. 343-347; República de Colombia (1936).

bzw. mittleren Schichten Raum und Gelegenheit zur Artikulation ihrer Wünsche zu geben. Jedoch hat die Regierung López ihr Reformprogramm nicht durchsetzen können. Schon Ende 1936 sah sich López gezwungen, einen gemäßigteren Kurs einzuschlagen (Leal Buitrago 1973: I, 33-54). Seine Politik bedeutete einen zu abrupten Bruch gegenüber derjenigen vor 1930, als daß die immer noch einflußreichen traditionellen Gruppen zusammen mit den erstarkenden Industrieunternehmern die vorgesehenen Gesellschaftsveränderungen widerstandslos hingenommen hätten.

Die negative Reaktion der Oligarchie auf diese Reformmaßnahmen aber bedeutete letztlich nichts anderes, als die Bevölkerungsmehrheit in den Städten und auf dem Land, die sogenannten *masas populares y rurales*, die ca. 70-80 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, von wirklicher politischer Aktivität und sozialer Teilhabe fernzuhalten (Fals Borda 1969). Die Oberschicht hat ihre Interessen zielstrebig verfolgt und auch gegenüber der ca. 15 % der Gesamtbevölkerung ausmachenden Mittelschicht von mittleren Landbesitzern, Staatsbediensteten, Advokaten, Intellektuellen, Lehrern und Akademikern realisieren können. Jedoch hatte die Unfähigkeit der herrschenden Oligarchie, Strukturreformen zu akzeptieren oder gar einzuleiten, ständige soziale Spannungen und Unruhen zur Folge, die zum Teil von Gewerkschaften oder linksliberalen und sozialistischen Gruppierungen der Liberalen Partei in Oppositionsbewegungen kanalisiert wurden, sich aber auch in spontanen Ausbrüchen von Gewalttätigkeiten entluden. Bereits seit 1940 kam es zu Aufständen von Bauern und Landarbeitern. Als am 9. April 1948 der populäre linksliberale Führer Jorge Eliécer Gaitán¹⁷ ermordet wurde, kam es in Bogotá zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, Plünderungen, Mord und Totschlag, dem sogenannten *bogotazo* (Dix 1969; Alape 1984). In den ländlichen Regionen eskalierten die angestauten Konflikte zu einem Bürgerkrieg, der sogenannten *violencia*, die weite Teile des Landes erfaßte und bis 1963 andauerte. Ca. 200 000 Menschen haben während dieser Jahre des Bürgerkriegs ihr Leben verloren.¹⁸

6 Konservative und Militärherrschaft 1946/48-1957

Seit 1946 übernahmen die Konservativen wieder die Macht. Die Liberalen hatten ihnen diese Machtübernahme ermöglicht, weil sie in zwei Flügel zersplittert waren, die sich bei den Wahlen blockierten. Der politische Machtkampf zwischen Liberalen und Konservativen wurde auch in der *violencia* ausgetragen, deren Ursachen jedoch noch vielschichtiger sind. Zum einen machten sich die traditionellen

¹⁷ Bezüglich der politischen Vorstellungen von Gaitán siehe García (1974).

¹⁸ Cuellar Vargas (1960); Giraldo Pineda (1960); Guzmán / Fals Borda / Umaña Luna (1964); Guzmán (1968); Oquist (1978).

Voreingenommenheiten zwischen den jeweiligen Parteianhängern vor allem auf der unteren Ebene, häufig geschürt von den Parteioberen, brutal Luft; in den liberalen Landgemeinden wurden die Konservativen, in den konservativen Landgemeinden die Liberalen erbarmungslos verfolgt. Der von 1949 bis 1953 amtierende konservative Präsident Laureano Gómez tat sich bei dieser nun blutigen Spielart des traditionellen Freund-Feind-Verhältnisses zwischen den beiden Parteien besonders hervor, indem er versuchte, über den Staatsapparat die Liberalen und die Gewerkschaften auszuschalten. Zum anderen ist jedoch nicht zu übersehen, daß der Bürgerkrieg auch aus einer explosiven sozialen Situation auf dem Land herrührte, waren doch die Zentren der *violencia* Gebiete ungleicher Besitzverteilung, besonders die Kaffeeanbaugebiete, wo das Minifundium, der Kleinstbesitz, verbreitet war, der zur Ernährung der Kleinbauern kaum ausreichte.¹⁹

Angesichts der Unfähigkeit der beiden großen Parteien, den blutigen Bürgerkrieg zu beenden, entschloß sich das kolumbianische Militär, mit Zustimmung führender Parteipolitiker, 1953 zu einem Putsch (Martz 1969). Unter der Militärregierung des Generals Gustavo Rojas Pinilla (1953-1957) kam es dann zu einer vorübergehenden Kampfpause und Einschränkung der Gewalttätigkeiten.²⁰ So positiv die diesbezüglichen Aktionen der Militärregierung für die Gesamtbevölkerung waren, so wenig attraktiv entwickelte sich die Militärregierung für die beiden traditionellen Parteien. Ihre Führungseliten aus der Oberschicht sahen sich zunehmend aus der Verfügung über den Staat hinausgedrängt, da Rojas Pinilla begann, unter Ausschluß der beiden Parteien und gestützt auf eine eigene Massenbasis ein autoritäres Regime zu errichten (Dix 1969; Canal Ramírez 1955).

7 Die Große Koalition der Nationalen Front 1957-1974/78

Im Jahr 1957 vereinbarten die Liberalen und Konservativen zur Überwindung der Militärregierung eine Nationale Front (*Frente Nacional*), ein Koalitionsabkommen, eine Große Koalition wie in ähnlichen Fällen, wenn ihre Vorherrschaft gefährdet war (Hartlyn 1988). Das Abkommen des *Frente Nacional* sah vor, die bei den

¹⁹ Ein Spezialist wie Russel W. Ramsey (1973) kommt zu dem Ergebnis, daß keine einzelne Theorie die *violencia* zu erklären vermag. — Ursachen im sozioökonomischen Bereich betonen u. a. Weinert (1966); Williamson (1965); Fals Borda (1965); Pollock (1975); Posada (1969). — Payne (1968) hebt dagegen die Bedeutung politischer Faktoren hervor. — Hier ist besonders die antiliberalen Aktivität des konservativen Präsidenten Gómez hervorzuheben; vgl. auch die Verfassungsreformpläne von Gómez im Sinne eines ständestaatlich-klerikalen Staatswesens; República de Colombia (1953).

²⁰ Zur Regierungszeit von Rojas siehe Dix (²1969: 115). Zu Rojas politischen Zielen siehe Colombia (1953).

bisherigen Machtwechseln beobachtete Polarisierung und Ideologisierung des politischen Lebens zu vermeiden und die Machtteilhabe für beide Parteien zu sichern, indem für vier Regierungsperioden von 1958 bis 1974 ein automatischer alternierender Regierungswechsel zwischen Liberalen und Konservativen erfolgen und die Legislative sowie die öffentlichen Organe unabhängig vom jeweiligen Wahlergebnis paritätisch besetzt werden sollten (Gaitán Mahecha 1966; Zelinsky 1978). Mit dem *Frente Nacional* hat die in den Parteien wirkende kolumbianische Oberschicht eine zumindest formale Stabilität des politischen Systems gewährleistet. Sie verfestigte damit das alte Zweiparteiensystem, um weiter die politische Kontrolle über die Gesellschaft ausüben zu können. In der Zeit der Nationalen Front haben die politischen Spannungen soweit entschärft werden können, daß gewaltsame Explosionen abnahmen; doch belegt das Vorhandensein von Guerilla-Gruppen bis heute, daß die sozialen Gegensätze noch längst nicht abgebaut worden sind, obwohl es nicht an Entwicklungsansätzen fehlt und wirtschaftliches Wachstum vorhanden ist.²¹

Ein Korrektiv hat es für die in den beiden traditionellen Parteien gruppierte Oberschicht und ihre Macht- und Wirtschaftsinteressen bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts nicht gegeben. Auch die katholische Kirche in Kolumbien hat diese Rolle nicht wahrgenommen, obwohl sie seit dem Konkordat von 1887 und angesichts einer überwiegend katholischen Bevölkerung (97 %) als wichtigste Institution der Sinngebung von Leben und Gesellschaft dazu die Voraussetzungen gehabt hätte.²² Abgesehen davon, daß sie gleichsam als Parteikirche der Konservativen die Liberale Partei nach dem Motto «ein Liberaler kann kein guter Katholik sein» ablehnte und mit der Verurteilung des Liberalismus als Sünde das bestehende parteipolitische Freund-Feind-Verhältnis in der kolumbianischen Bevölkerung verschärfte,²³ trug sie mit ihren sozialkonservativen Vorstellungen dazu bei, den sozialen Status quo, d. h. die ständisch-hierarchisch gegliederte Gesellschaftsstruktur zu rechtfertigen und Veränderungsbestrebungen von oben wie auch von unten abzuwehren bzw. zu beschwichtigen. In dem Maße, wie die katholische Kirche den Kolumbianern im wahrsten Sinne des Wortes predigte, soziale Ungleichheit sei eine natürliche und gesellschaftsnotwendige Erscheinung und die sozial Benachteiligten erhielten im

²¹ Vgl. hierzu den Aufsatz von Sabine Kurtenbach über Guerillabewegungen in Kolumbien (in diesem Band).

²² Der Text des Konkordats findet sich in *Conferencias Episcopales de Colombia* (1956). — Neben der Zusicherung von Freiheit von staatlicher Kontrolle und Intervention erhielt die katholische Kirche einen Sonderstatus, die katholische Religion wurde Staatsreligion und als wesentlicher Bestandteil der sozialen Ordnung anerkannt. Vor allem verpflichtete sich der Staat, die öffentliche Erziehung im Sinne der Dogmen und der Moral der katholischen Religion durchzuführen.

²³ Siehe als Beleg auch die verschiedenen beschwichtigenden Hirtenbriefe zu Sozialproblemen, in: *Conferencias episcopales de Colombia* (1956: I).

Jenseits eine besondere Kompensation für ihre Mühsal auf Erden, sah sich einerseits die kolumbianische Oberschicht nicht zu Strukturreformen genötigt — allenfalls milderte sie in paternalistischer und karitativer Form wie auch die Kirche selbst die Auswüchse von Armut und Ungleichheit — und stellte sich andererseits bei den Unterschichten, besonders auf dem Land, passives und resignatives Verhalten ein, das «Ethos der Passivität», wie der Soziologe Orlando Fals Borda es beschrieben hat (1961: 302). Darüber hinaus war das von der katholischen Kirche kontrollierte Bildungswesen nicht dazu geeignet, Strukturzusammenhänge bewußt zu machen und zu selbständigem aktiven Handeln zu führen. Erst seit dem II. Vatikanischen Konzil ist bei der katholischen Kirche Kolumbiens, bei Priestern und Bischöfen, eine Wendung zur Diesseitigkeit, zur Überwindung von Abhängigkeit und menschenunwürdiger Armut, d. h. die Forderung nach Strukturreformen zu erkennen.²⁴

Der politische Pakt zwischen den beiden Parteien, der 1974 noch einmal um vier Jahre verlängert wurde, sowie die traditionelle Aufteilung politischer Ämter auf nationaler, regionaler und städtischer Ebene führte zu einem enormen Anwachsen der Bürokratie. Doch nicht größere Effektivität war die Folge, vielmehr geriet diese Aufblähung eher zur finanziellen Belastung der Regierungen.

8 Ausblick

Die Freigabe der Wahlen, das Abrücken von den alternierenden Präsidentschaften hat keineswegs zu einer Parteidifferenzierung geführt. Noch immer bestimmen die alten Traditionsparteien die Politik, obwohl sich auch neue Parteien bilden. Noch ist kein funktionierender partizipatorischer Staat zu erkennen, der seine Bürger beteiligt und sie an den Ressourcen teilhaben läßt, auch wenn sich Kolumbien 1991 eine moderne Verfassung gegeben hat.²⁵ Ein entscheidender Grund ist darin zu sehen, daß es keine oder nur geringe Massenbeteiligung an den Planungen und Entscheidungen gibt, sondern diese lediglich auf kleine Zirkel von Politikern, Industriellen und Großgrundbesitzern aus der Machtelite beschränkt sind. Dieser Machtelite aber geht es immer noch in erster Linie um den Staturerhalt, um das Austarieren von politischen Richtungen in einer von Beziehungen und Klientenverhältnissen geprägten politischen Kultur, um die Kompetenzbalance zwischen den zahlreichen an der «Entwicklung» und am wirtschaftlichen Wachstum beteiligten Behörden, jedoch weniger oder gar nicht um tiefgreifende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur, die ihren wirtschaftlichen und sozialen Eigeninteressen

²⁴ Vgl. hierzu den Aufsatz von Christoph Lienkamp über Religion und Kirche in Kolumbien (in diesem Band).

²⁵ Vgl. hierzu den Aufsatz von Wolfgang Heinz über die kolumbianische Verfassung (in diesem Band).

zuwiderlaufen würden. Trotz ernsthafter Bemühungen einzelner Präsidenten und Politiker resultierten deshalb aus den wohlklingend formulierten politischen Entwicklungsplänen selten mehr als kurzfristige Reformmaßnahmen, mit denen nach der üblichen paternalistischen Haltung Spannungen und soziale Unruhen lediglich beschwichtigt werden, ohne nach deren Ursachen zu fragen oder sie gar zu überwinden.

9 Literaturverzeichnis

- Arango, Mariano (1977): *Café e industria 1850-1930*, Bogotá: Carlos Valencia.
- Arturo Alape, Arturo (³1984): *El Bogotazo, memorias del olvido*, Bogotá: Pluma.
- Bejarano, Jesús Antonio (1976): «El fin de la economía exportadora», in: Jaramillo Agudelo, Dario (Hrsg.): *La nueva historia de Colombia*, Bogotá: Instituto Colombiano de Cultura, S. 673-739.
- Bejarano, Jesús Antonio (1987): «El despegue cafetero (1900-1928)», in: Ocampo, José Antonio (Hrsg.): *Historia económica de Colombia*, Bogotá: Siglo Veintiuno Editores, 1987, S. 173-207.
- Canal Ramírez, Gonzalo (1955): *El estado cristiano y bolivariano del 13 de Junio*, Bogotá.
- Colmenares, Germán (1968): *Partidos políticos y clases sociales*, Bogotá: Ed. Universidad de los Andes.
- Colombia / Dirección de Información y Propaganda de Estado: *Seis meses de Gobierno*, Bogotá: Selbstverlag, 1953.
- Conferencias Episcopales de Colombia* (1956): Bd. 1, Jahre 1908-1953, Bogotá.
- Correa Uribe, Fernando (1991): «Liderazgo antioqueño y unificación nacional: 1891-1910», Medellín. (unveröffentlichte Abschlussarbeit, Universidad de Antioquia).
- Cuéllar Vargas, Enrique (1960): *13 años de violencia*, Bogotá: Ed. Cultura Social Colombiana.
- Deas, Malcolm (1973): «Algunas notas sobre la historia del caciquismo en Colombia», in: *Revista de Occidente* 127, S. 118-140.
- Directorio Nacional de Unidad Conservadora (1967): *Los programas del conservativismo*, Bogotá: Selbstverlag.
- Dix, Robert H. (²1969): *Colombia: The Political Dimensions of Change*, New Haven; London: Yale University Press.
- Fals Borda, Orlando (1961): *Campesinos de los Andes: estudio sociológico de Saucio*, Bogotá: Ed. Iqueima.

- Fals Borda, Orlando (1965): «Violence and the Break-up of Tradition in Colombia», in: Velíz, Claudio (Hrsg.): *Obstacles to Change in Latin America*, London:Oxford University Press, S. 188-205.
- Fals Borda, Orlando (1969): *Subversion and Social Change*, New York: Columbia University Press.
- Fluharty, Vernon (1957): *Dance of the Millions*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Gaitán, Jorge Eliécer (1963): *Las ideas socialistas en Colombia*, Bogotá: Casa del Pueblo (tesis de grado 1924).
- Gaitán Mahecha, Bernardo (1966): *Misión histórica del Frente Nacional*, Bogotá: Ed. Revista Colombiana.
- García, Antonio (²1974): *Gaitán y el problema de la revolución colombiana*, Bogotá: CEDIS.
- Giraldo Pineda, Roberto (1960): *El impacto de la violencia en el Tolima: el caso Líbano*, Bogotá.
- Guzmán Campos, Germán / Fals Borda, Orlando / Umaña Luna, Eduardo (1964): *La Violencia en Colombia: estudio de un Proceso Social*, 2 Bde., Bogotá: Tercer Mundo.
- Guzmán Campos, Germán (1968): *La Violencia en Colombia: parte descriptiva*, Cali: Progreso.
- Hartlyn, Jonathan (1988): *The Politics of Coalition Rule in Colombia*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hoskin, Gary / Leal Buitrago, Francisco / Kline, Harvey / Rotlisberger, Dora / Borrero, Armando (1973/1975): *Estudios del comportamiento legislativo en Colombia*, Bogotá: Ed. Universidad de los Andes, Band 1, 1973, Band 2, 1975.
- Jaramillo Uribe, Jaime (Hrsg.) (1970): *Antología del pensamiento político colombiano*, 2 Bde., Bogotá: Talleres Gráficas del Banco de la República.
- Jaramillo Uribe, Jaime (²1982): «El proceso de la educación: del virreinato a la época contemporánea», in: *Manual de Historia de Colombia*, Band 3, Bogotá: Procultura, S. 247-339.
- Kalmanovitz, Salomón (⁴1994): *Economía y nación: una breve historia de Colombia*, Bogotá: Tercer Mundo.
- Kline, Harvey F. (1974): «Interest Groups in the Colombian Congress», in: *Journal of Interamerican Studies and Worlds Affairs* 16, S. 274-300.
- König, Hans-Joachim (1983a): «'Entwicklung nach außen': Voraussetzungen, Maßnahmen und Ergebnisse des Entwicklungskonzepts der Liberalen in Kolumbien in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts», in: Buisson, Inge / Mols, Manfred

- (Hrsg.): *Entwicklungsstrategien in Lateinamerika in Vergangenheit und Gegenwart*, Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh, S. 67-82.
- König, Hans-Joachim (1983b): «Lateinamerika in der Krise: das Beispiel Kolumbien», in: Rothermund, Dietmar (Hrsg.): *Die Peripherie in der Weltwirtschaftskrise: Afrika, Asien und Lateinamerika, 1929-1939*, Paderborn: Schöningh, S. 245-284.
- König, Hans-Joachim (1988): *Auf dem Wege zur Nation: Nationalismus im Prozeß der Staats- und Nationbildung Neu-Granadas 1750 bis 1856*, Stuttgart: Steiner.
- König, Hans-Joachim (1992): «Ecuador, Kolumbien, Venezuela», in: Buve, Raymond / Fisher, John (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Band 2: Lateinamerika von 1760 bis 1900*, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 578-618.
- Leal Buitrago, Francisco / Dávila Ladrón de Guevara, Francisco y Andres (1990): *Clientelismo: el sistema político y su expresión regional*, Bogotá: Tercer Mundo Editores.
- Lemaitre, Eduardo (³1967): *Rafael Reyes: biografía de un gran colombiano*, Bogotá: Editorial Iqueima de Bogotá.
- Liévano Aguirre, Indalecio (⁶1974): *Los grandes conflictos sociales y económicos de nuestra historia*, Bogotá: Editorial Revista Colombiana.
- López, Alejandro (²1976): *Problemas colombianos*, Medellín: La Carreta (zuerst Paris 1927).
- López, Alejandro (1976): *Escritos escogidos*, Bogotá: Instituto Colombiano de Cultura.
- López C., Hugo (1975): «La inflación en Colombia en la década de los veinte», in: *Cuadernos Colombianos* 2/5, S. 41-139.
- López Michelsen, Alfonso (1953; ⁴1967): *Los elegidos*, Bogotá: Antares; Tercer Mundo (zuerst Mexico).
- Lynch, John (1973): *The Spanish American Revolutions, 1808-1826*, London: Weidenfeld & Nicolson.
- Martz, John D. (1969): *Colombia: un estudio de política contemporánea*, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Mensajes del presidente López al Congreso: cartas y discursos del presidente López*, 5 Bde., Bogotá: ohne Verlag, 1935-1938.
- Miranda Ontanela, Néstor / González G., Fernán E. (1976): «Clientelismo, 'Democracia' o poder popular», in: *Controversia* 41-42, S. 1-243.
- Molina, Gerardo (1970): *Las ideas liberales en Colombia: 1849-1914*, Bogotá: Tercer Mundo.
- Molina, Gerardo (⁹1990): *Las ideas liberales en Colombia: 1915-1934*. Bogotá: Tercer Mundo.

- McGreevey, William Paul (1971): *An Economic History of Colombia, 1845-1930*, Cambridge (Mass.): The University Press.
- Nieto Arteta, Eduardo: «El café en la sociedad colombiana», in: ders.: *Ensayos sobre economía colombiana*, Medellín: La Oveja Negra, 1969, S. 39-104.
- Nieto Arteta, Luis Eduardo (⁶1975): *Economía y Cultura en la Historia de Colombia*, Bogotá: Tiempo Presente.
- Oquist, Paul (1978): *Violencia, conflictos y política en Colombia*. Bogotá: Biblioteca Banco Popular.
- Ospina Vásquez, Luis (1955): *Industria y Protección en Colombia, 1810-1930*, Bogotá: Editorial Santafé.
- Palacios, Marco (²1983): *El café en Colombia 1850-1970: una historia económica, social y política*, Bogotá: El Colegio de México; El Áncora Editores.
- Patiño Roselli, Alfonso (1981): *La prosperidad a debe y la gran crisis 1925-1935: capítulos de historia económica de Colombia*, Bogotá: Banco de la República.
- Payne, James L. (1968): *Patterns of Conflict in Colombia*, New Haven; London: Yale University Press.
- Pécaut, Daniel (1973): *Política y sindicalismo en Colombia*, Bogotá.
- Pérez, Hésper Eduardo (1989): *Proceso del bipartidismo colombiano y frente nacional*, Bogotá: La Carreta.
- Pollock, John C. (1975): «Violence, Politics and Elite Performances: The Political Sociology of La Violencia in Colombia», in: *Studies in Comparative International Development* 10, S. 22-50.
- Pombo, Manuel Antonio / Guerra, José Joaquín (1951): *Constituciones de Colombia*, Bogotá: Biblioteca Popular de Cultura Colombiana, 4 Bde.
- Posada, Francisco (1969) *Colombia: violencia y subdesarrollo*, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Quien es Quien en Colombia* (³1961), Bogotá: Oliverio Perry (ohne Herausgeberangabe).
- Ramsey, R. W. (1973): «Critical Bibliography on la Violencia in Colombia», in: *Latin American Research Review* 8, S. 3-44.
- República de Colombia (1936): *La opinión nacional ante la reforma de la constitución*, Bogotá.
- República de Colombia (1953): *Estudios Constitucionales*, 2 Bde., Bogotá: Biblioteca Banco Popular.
- Restrepo, Carlos E. (1972): *Orientación republicana*, 2 Bde., Bogotá.
- Rippy, Fred (1970): *El Capital norteamericano y la penetración imperialista en Colombia*, Medellín: La Oveja Negra (zuerst englisch, New York 1931).

- Romero Aguirre, Alfonso (1971): *Ayer, hoy y mañana del liberalismo colombiano*, Bogotá: Ed. ABC.
- Schmidt, Steffen W. (1974): «La Violencia Revisited: The Clientelist Bases of Political Violence in Colombia», in: *Journal of Latin America Studies* 6, S. 97-111.
- Tirado Mejía, Álvaro (1976): *Aspectos Sociales de las Guerras Civiles en Colombia*, Bogotá: Instituto Colombiano de Cultura.
- Tirado Mejía, Álvaro (1981): *Aspectos políticos del primer gobierno de Alfonso López Pumarejo, 1934-1938*, Bogotá: Procultura / Instituto Colombiano de Cultura.
- Tirado Mejía, Álvaro (1986): *El pensamiento de Alfonso López Pumarejo*, Bogotá: Biblioteca Banco Popular.
- Tirado Mejía, Álvaro (1995): «Colombia: siglo y medio de bipartidismo», in: Melo, Jorge Orlando (Hrsg.) (¹⁵1995): *Colombia Hoy: perspectivas hacia el siglo XXI*, Bogotá: Tercer Mundo Editores, S. 103-178.
- Torres Giraldo, Ignacio (1974): *Los inconformes: historia de la rebeldía de las masas en Colombia*, Bde. 3-5, Bogotá: Margen Izquierdo.
- Tovar, Hermes (1975): *El movimiento campesino en Colombia: durante los siglos XIX y XX*, Bogotá: Ed. Libres.
- Urrutia M., Miguel (1969): *Historia del sindicalismo en Colombia*, Bogotá: Ed. Universidad de los Andes.
- Urrutia M., Miguel / Berry, Albert (1975): *La distribución del ingreso en Colombia*, Medellín: La Carreta.
- Vargas Martínez, Gustavo (1972): *Colombia 1854: Melo, los artesanos y el socialismo*, ohne Orts- und Verlagsangabe.
- Vázquez Cobo Carrizosa, Camilo (o. J.): *El Frente Nacional, su origen y desarrollo: memorias de Camilo Vazquez Cobo Carrizosa*, Cali: Carvajal y Cia.
- Villaveces, Jorge (Hrsg.) (²1968): *Los mejores discursos de Jorge Eliécer Gaitán: 1919-1948*, Bogotá: Jorvi.
- Weinert, Richard S. (1966): «Violence in Pre-Modern Societies: Rural Colombia», in: *American Political Science Review* 60, S. 340-347.
- Weiss, Anita (1968): *Tendencias de la participación electoral en Colombia 1935-1966*, Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Williamson, Robert C. (1965): «Toward a Theory of Political Violence: The Case of Rural Colombia», in: *Western Political Quarterly* 18, S. 35-44.
- Zelinsky, Ulrich (1978): *Parteien und politische Entwicklung in Kolumbien unter der nationalen Front*, Meisenheim: Hain.